

II—4780 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2355/1

1979-02-14

A N F R A G E

der Abgeordneten VETTER
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Arbeitsplatzschwierigkeiten im Bezirk Gmünd,
Niederösterreich

Der Stadt Heidenreichstein im Verwaltungsbezirk Gmünd, Niederösterreich, droht innerhalb weniger Monate der Verlust von tausend Arbeitsplätzen. Diese ungünstige Entwicklung ist in der Einleitung diverser Konkurs- bzw. Ausgleichsverfahren mehrerer Betriebe in dieser Stadt begründet.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Struktur des gesamten Bezirkes sind derzeit noch nicht annähernd abzusehen, da Ausweichmöglichkeiten im erforderlichen Ausmaß nicht vorhanden sind. Diese traurige Situation widerspricht den großspurigen Ankündigungen des Bundeskanzlers, im Waldviertel einen breiten Wohlstandsgürtel zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen die besorgniserregende Lage auf dem Arbeitsmarkt im Bezirk Gmünd und insbesondere in der Stadt Heidenreichstein in vollem Umfang bekannt?

- 2 -

- 2) Welche Maßnahmen wird Ihr Ressort umgehend treffen, um dieser ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsplatzsektor in diesem Grenzbezirk Einhalt zu gebieten ?
- 3) Ist es richtig, daß seitens der Arbeitsmarktverwaltung Sondermaßnahmen beschränkt auf den Bezirk Gmünd und befristet mit 3 Monaten vorgesehen sind ?
- 4) Wenn ja, aus welchen außer wahlkamptischen Gründen sollen diese Maßnahmen mit 3 Monaten befristet werden ?